

Die Geschichte der „Schüler-ID“:

Auf Weisung der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 2003 werden, Bildung ist Ländersache, in den verschiedenen Bundesländern Gesetzesinitiativen ergriffen, um eine Zentrale Verwaltung der Schülerschaft zu ermöglichen.

Am 27.11.08 wurde das Gesetz zur automatisierten Schülerdatei in erster Lesung behandelt und an den Innen-Ausschuss und Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie weitergeleitet. Das Gesetz soll im Frühjahr 2009 beschlossen und mit Wirkung zum Schuljahreswechsel 2009/2010 in Kraft treten.

Die technischen Vorbereitungen hierzu werden im Rahmen der eGouvernement-Initiative des Berliner Senats realisiert.

Es ist geplant eine einheitliche Identifikationsnummer (Schüler-ID) zu vergeben und diese mit personenbezogenen Angaben über den Ablauf der Schulkarriere und weiteren Daten (Zentrale Schülerdatei) zusammenzuführen.

Ziel ist es, diese Angaben statistisch für Planungszwecke aufzubereiten, aber auch, diese im Verwaltungsvollzug zu verwenden.

Was soll im einzelnen gespeichert werden?

Schüler sollen für ihre gesamte Schullaufbahn „vom Kindergarten bis zur Weiterbildung“ eine ID erhalten, mit der neben Namen und Anschrift der Zugriff auf folgende Daten möglich ist: Geschlecht, Geburtsdatum, Muttersprache und Staatsangehörigkeit, Konfession, die Schule und den besuchten Unterricht, Förderschwerpunkte und ob jemand Spätaussiedler oder Migrantin ist.

Welche Gefahr geht von der „Schüler-ID“ aus?

Wir sehen in diesem Vorhaben schon im Vorfeld einen eklatanten Rechtsbruch des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung und unüberschaubare Missbrauchsrisiken.

* Die Daten ermöglichen die Erstellung von Persönlichkeitsprofilen (Staatsangehörigkeit, Geburtsland, Geschlecht, Wohnort, Geburtstag, wiederholte Klassen, Abschlüsse, Muttersprache, Zuzug nach Deutschland, angestrebter Beruf, psychologische Kriterien, soziale Entwicklung)

* Zugriffs-, Berechtigungs- und Anonymisierungskonzepte fehlen ebenso wie Bestimmungen zum Schutz der Datenübertragung.

* Bei der zum Einsatz kommenden Pseudonymisierung ist nie völlig auszuschließen, dass ein Pseudonym aufgedeckt wird.

* Die Daten betreffen nicht nur Schüler. Er enthält ebenso Daten zu der Berichtsschule, den Kursen der Schule, den Schulabgängern und Absolventen, den Lehrkräften und weiteren optionalen Merkmalen.

* Eine klare Zweckbestimmung der Daten ist nicht vorhanden.

Es werden individuelle Entwicklungsprofile aller SchülerInnen zusammengestellt, die während wie nach der Schulzeit existenziell für die Betroffenen bestimmend sein können:

Welche Schule darf oder muss ich besuchen?

Welche Chancen erhalte ich, welche Förderungen?

Welche beruflichen Möglichkeiten werden mir eröffnet oder verbaut?

Werde ich als Versager und Problem-mensch abgestempelt?

Alternative Handlungsvorschläge:

Der AK-Vorrat-OG Berlin kritisiert ganz allgemein die Vorhaltung persönlicher Daten, insbesondere aber die von Schülern, in zentral verwalteten und zentral vorgehaltenen Mega-Datenbanken.

Die Vergangenheit zeigt uns sehr deutlich, dass der Missbrauch derartiger Datenbestände nicht zu verhindern ist.

Hieran kann, hier ist zum Teil kriminelle Energie am Werke, auch noch so gute Schutzgesetze nichts ändern.

Dieser Gefahr dürfen wir unsere Kinder, also den Schwächsten in unserer Gesellschaft, nicht aussetzen.

Wir treten aus deshalb Grund für dezentrale Datenerfassung und Datenvorhaltungslösungen ein!

1. Die Schulverwaltung darf in keinem Fall Daten mithilfe eines pull-Verfahrens von den Schulen holen sondern die Schulen haben die (statistischen) Summendaten zu bestimmten Stichtagen in einem push-Verfahren an die Schulverwaltung zu liefern.

2. Die Daten sind in jedem Fall verschlüsselt zu lagern und verschlüsselt zu übertragen.

3. Die Verwaltungen in den Schulen sowie die Lehrer und Schüler sind über datenschutzkonformes Verhalten zu unterrichten.

4. Die Datenbestände, die nach unserer Auffassung, wie auch jetzt die Schülerakte, nur an den Schulen existieren dürfen, müssen spätestens zwei Jahre nach dem Weggang des Schülers gelöscht werden.

5. Eine Weitergabe der personenbezogenen Daten aus der Schülerhistorie (Schülerprofil) darf weder an die Schulverwaltung noch jemand anderen erfolgen